

Titel: Wildtiere in der Fußgängerzone

Einreicher:, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Federführung: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Datum: 28.08.2017
Bearbeiter: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	

Einreicher:, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Beratungsfolge	Termin	Aussprache: <input checked="" type="checkbox"/> Ja/ <input type="checkbox"/> Nein
-----------------------	---------------	---

1. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, um zu verhindern, bzw. im Falle einer nicht vorliegenden Genehmigung zu sanktionieren, dass Zirkusunternehmen wie der „Circus Africa“ Wildtiere in öffentliche Bereiche führen und damit eine Gefährdung von Bürgerinnen und Bürgern billigend in Kauf nehmen?

2. Was hat die Stadtverwaltung konkret unternommen, nachdem ihr bekannt wurde, dass der „Circus Africa“ Anfang Juli ohne Vorliegen einer Genehmigung Elefanten in die Ossenreyer Straße geführt und präsentiert hat, bzw. führen und präsentieren wollte?

3. Welche Gründe sprechen aus Sicht der Stadtverwaltung dagegen, Zirkusbetriebe mit bestimmten Wildtierarten wie etwa Elefanten oder Löwen nicht mehr auf kommunalen Flächen zuzulassen?

Begründung:

Anfang Juli 2017 gastierte der „Circus Africa“ in Stralsund und bewarb seine Vorstellungen damit, dass Elefanten in die Ossenreyer Straße geführt und präsentiert wurden. Auf Nachfrage der BÜNDNISGRÜNEN Fraktion im Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung teilte die Stadtverwaltung mit, dass dazu kein Antrag vorlag und demzufolge auch keine Genehmigung erteilt wurde.

Dieser Vorgang erscheint auch deshalb fragwürdig zu sein, weil es sich bei den Elefanten nach Angaben der Tierschutzorganisation PETA um verhaltensgestörte Tiere handelt. Eine Gefährdung von Passanten konnte somit zumindest nicht ausgeschlossen werden. PETA führt zudem in einer Aufzählung zahlreiche rechtliche Verstöße des „Circus Africa“ auf, die darauf hinweisen, dass eine Zusammenarbeit mit diesem Zirkusunternehmen fragwürdig ist.

Aus Sicht der BÜNDNISGRÜNEN Fraktion sollte die Hansestadt Stralsund dem Beispiel von inzwischen mehr als 80 Kommunen folgen und den politischen Beschluss fassen, Zirkusbetriebe mit bestimmten Wildtierarten nicht mehr auf kommunalen Flächen zuzulassen.